Queeres Netzwerk Niedersachsen e.V.

QUEERPOLITISCHE FORDERUNGEN

ZUR NIEDERSÄCHSISCHEN LANDTAGSWAHL 2022

Inhalt

Vorwort	3
Allgemeine queerpolitische Forderungen	4
Arbeit	6
Beratung & Selbsthilfe	8
Bildung & Schule	10
Gesundheit	12
Gleichstellungspolitik	14
Kinder und Jugend	16
Migration und Flucht	18
Öffentliche Sichtbarkeit	20
Pflege und Alter	22
Polizei und Justiz	24
Regenbogenfamilien	26
Sport	28
Quellenverzeichnis	30

VORWORT

Lesbische, schwule, bisexuelle, trans*, inter*, nicht-binäre, pansexuelle, asexuelle, ... - in einem Wort - queere Menschen sind selbstverständlicher Teil unserer Gesellschaft.

Auch wird der Bevölkerungsanteil der Menschen, die sich als queer bezeichnen, immer größer. Definieren sich in der Generation Babyboomer (geb. vor 1964) noch weniger als 1% als „transgender, nicht-binär, nonconforming, genderfluid oder divers“, sind es bereits 4% der Generation Z (geb. nach 1997). Gleiches gilt für die sexuelle Orientierung. 87% der Babyboomer bezeichnen sich als ausschließlich heterosexuell, wohingegen dies nur noch 68% der Generation Z tun. Fast jede*r Fünfte der unter 24-Jährigen identifiziert sich als „homo-, bi-, pan-, omni-, oder asexuell“ (Freudenthal, 2021).

Dennoch gehören Erfahrungen von Diskriminierung und Gewalt zum Alltag vieler queerer Personen. Im Bildungsbereich, in der Familie, im Gesundheitswesen, auf der Arbeit und im öffentlichen Raum. Auch in Niedersachsen. Es bedarf daher gleicher Rechte für alle Menschen und eine Politik, die queere Themen im Querschnitt mitdenkt.

Das Queere Netzwerk Niedersachsen (QNN), als der Landes- und Fachverband der queeren Initiativen, Gruppen und Vereine in Niedersachsen, veröffentlicht daher mit dieser Broschüre queerpolitische Forderungen zur niedersächsischen Landtagswahl am 9. Oktober 2022. Zusammengefasst in Querschnittsthemen geben sie einen Überblick, welcher Maßnahmen es seitens der neuen Landesregierung bedarf, um eine gesellschaftliche Gleichstellung queerer Personen in Niedersachsen zu fördern.

Der besondere Dank gilt dabei unseren über 50 Mitgliedsorganisation, für ihren vielfältigen Input zu den vorliegenden Forderungen. Gemeinsam fordern wir einen queerpolitischen Aufbruch für Niedersachsen!

Der geschäftsführende Vorstand

Juliane Steeger Samuel Schmidt Frederick Schnittker

ALLGEMEINE QUEERPOLITISCHE FORDERUNGEN

Queere Personen können trotz vieler rechtlicher Errungenschaften in den letzten Jahrzehnten, noch immer nicht an allen gesellschaftlichen Bereichen gleichberechtigt teilhaben. Sie erfahren weiterhin strukturelle und individuelle Benachteiligungen und Diskriminierungen.

Die Niedersächsische Sozialministerin Daniela Behrens kommentierte entsprechend zum diesjährigen IDAHOBITA*: „Wir dürfen nicht zulassen, dass queeren Menschen wegen ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität Gewalt angetan wird, sie beleidigt oder diskriminiert werden. In Niedersachsen dürfen die Menschen nicht nur schwul, lesbisch, bisexuell, inter- oder transgeschlechtlich sein, sondern sie können dies auch leben“ (Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport, 2022).

Hierzu braucht es jedoch nicht nur das Engagement queerer Personen selbst, sondern auch die Unterstützung der Mehrheitsgesellschaft und den politischen Willen, um langfristig eine gesellschaftliche Gleichstellung queerer Personen zu erreichen.

DAS QNN FORDERT

- Ergänzung von Artikel 3 der niedersächsischen Verfassung, um das Merkmal der sexuellen und geschlechtlichen Identität.
- Akzeptanz und diskriminierungsfreie Teilhabe von queeren Menschen als Querschnittsaufgabe in allen Ministerien und Verwaltungsbehörden etablieren.
- Institutionalisierte Förderung der landesweiten queeren Selbstorganisationen und Interessensvertretungen.
- Bedarfsgerechte Finanzierung regionaler queerer Angebote.
- Erweiterung des NDR-Rundfunkrates um einen queeren Vertretungssitz.

ARBEIT

Der Equal Pay Day erinnert jährlich an die Lohnlücke zwischen Frauen und Männern. Die Gehaltsdifferenz zwischen der heterosexuellen cis-Bevölkerung und der queeren Bevölkerung wird jedoch selten benannt.

Durch das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) wurde die rechtliche Gleichstellung am Arbeitsplatz gestärkt. Trotzdem berichten knapp 30% der Personen, die sich dem queeren Spektrum zugehörig fühlen, von Benachteiligungen am Arbeitsplatz (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, 2020).

Seit dem 01.01.19 müssen Stellenausschreibungen genderneutral formuliert werden. Das Bundesverfassungsgericht entschied bereits 2017, dass das bis dato geltende Personenstandsrecht gegen das Persönlichkeitsrecht und das Diskriminierungsverbot verstoße (1 BvR 2019/16). Dennoch werden eine Vielzahl an Stellenausschreibungen immer noch nicht genderneutral formuliert.

DAS QNN FORDERT

- Implementierung eines Diversity-Managements und -Monitoring im öffentlichen Dienst des Landes Niedersachsen.
- Durchführung einer Wirkungsforschung zum Stand der bisher ergriffenen AGG-Maßnahmen im öffentlichen Dienst.
- Beseitigung rechtlicher Ungleichbehandlungen und Überprüfung von Regelungen nach den Vorgaben des Gleichbehandlungsgebots und des Diskriminierungsverbots.

BERATUNG & SELBSTHILFE

Mit einer gesellschaftlich steigenden Anzahl von Personen, die ihre eigene sexuelle oder geschlechtliche Verortung hinterfragen, steigt auch der Bedarf nach qualifizierten (Peer)Beratungsangeboten (Deutsches Jugendinstitut, 2015). Die Angebote unterstützen betroffene Menschen beim Coming Out, in Selbstfindungs- und Transitionsprozessen und beraten An- und Zugehörige sowie Institutionen und Einrichtungen.

In Niedersachsen wird queere Beratung in weiten Teilen rein ehrenamtlich durchgeführt. Trotz des hohen ehrenamtlichen Engagements, kann aber bereits in den Großstädten keine ausreichende Beratungskapazität angeboten werden. Ein flächendeckendes Beratungsangebot in ganz Niedersachsen ist bisher nicht möglich.

Zu einer queeren Beratungslandschaft gehören aber nicht nur institutionelle Beratungsangebote. Selbsthilfegruppen und insbesondere die qualifizierten Peer-to-Peer-Beratungen haben als niedrigschwellige Anlaufstellen für queere Menschen eine hohe Relevanz.

DAS QNN FORDERT

- Finanzierung eines flächendeckenden professionellen Beratungsangebotes, insbesondere für trans* und inter* Menschen.
- Fortbildungen für Regelberatungsstrukturen in Bezug auf sexuelle und geschlechtliche Vielfalt, um eine diskriminierungsarme Erst- und Verweisberatung zu ermöglichen.
- Erhöhte Projektförderung von Selbsthilfegruppen und Peer-to-Peer Beratungsangeboten.

BILDUNG & SCHULE

Wie viele andere Bereiche des Alltags sind Bildungseinrichtungen heteronormativ geprägte Räume, in denen Kinder und Jugendliche, die lesbisch, schwul, bi, trans*, inter* oder queer sind Diskriminierung und Stigmatisierung ausgesetzt sind (Deutsches Jugendinstitut, 2015).

Bildungseinrichtungen für Kinder und Jugendliche stehen in der Verantwortung ein Klima zu schaffen, in dem die geschlechtliche und sexuelle Selbstbestimmung für alle gleichermaßen gewährleistet ist. Ein Blick in die Schullehrpläne zeigt jedoch: Die Vielfalt der geschlechtlichen Identitäten und sexuellen Orientierungen ist selten Thema im Unterricht.

Zudem fühlen sich viele Lehrkräfte überfordert mit dem Themenspektrum. Nur etwa 4% aller Lehrkräfte reagieren fortwährend auf queerfeindliche Aussagen. Die meisten Lehrkräfte reagieren unregelmäßig, 13 % zeigen jedoch nie eine Reaktion (Klocke, 2016).

DAS QNN FORDERT

- Schulrechtliche Vorgaben zum sensiblen Umgang mit trans*, inter* und nicht-binären Schüler*innen im Sinne einer selbstbestimmten geschlechtlichen Identitätsentwicklung.
- Ausbau der Förderung der Bildungs- und Antidiskriminierungsarbeit von SCHLAU Niedersachsen.
- Förderung von Beratungs- und Unterstützungsangeboten für Schulen und Lehrkräfte zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt, wie z.B. das Projekt ‚Schule der Vielfalt* Niedersachsen'.
- Verankerung von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt als Querschnittsthemen in den Lehrplänen, sowie in der Aus- und Weiterbildung pädagogischer Berufe.
- Schulformübergreifende Empfehlungen zum geschlechtersensiblen Sprachgebrauch in Lehrmaterialien, sowie im Schriftverkehr und amtlichen Dokumenten.

GESUNDHEIT

Queere Menschen sind überdurchschnittlich oft von gesundheitlichen Problemen betroffen. Dabei spielen Minoritätenstress, also ein dauerhafter Stress durch die Zugehörigkeit zu einer Minderheit, aber auch Diskriminierungserfahrungen eine Rolle (Pöge, et al., 2020).

Erschwerend kommt hinzu, dass sich viele queere Menschen im derzeitigen Gesundheitssystem nicht sicher fühlen, da sie hier vielfach mit heteronormativen Annahmen und Diskriminierungen konfrontiert werden. Entsprechend vermeiden queere Menschen häufiger Besuche in medizinischen Praxen und nehmen Vorsorgeuntersuchungen nicht wahr.

Queersensibel ausgerichtete Praxen, Kliniken oder Therapeut*innen sind oftmals terminlich ausgelastet. Um sensible Behandlungen durch Spezialist*innen zu erfahren, legen queere Personen oftmals auch größere Distanzen zurück. Besonders im Flächenland Niedersachsen.

Eine queersensible medizinische Versorgung muss unabhängig vom Standort verfügbar sein. Vor allem die Bedarfe von trans*, inter* und nicht-binären Personen, die weiterhin gesellschaftlich pathologisiert werden, gilt es hier zu beachten.

DAS QNN FORDERT

- Ergänzung der Curricula in Fort- und Weiterbildungen für medizinische Fach- und Pflegekräfte zu den Themen sexuelle und geschlechtliche Vielfalt.
- Sicherstellung eines flächendeckenden Zugangs zu einer queersensiblen Gesundheitsversorgung und geschlechtsangleichenden Maßnahmen, insbesondere im ländlichen Raum.
- Konsequente und landesweite Umsetzung des Gesetzes zum Schutz von Kindern mit Varianten der Geschlechtsentwicklung (1631e BGB) und damit keine Eingriffe ohne informierte Einwilligung der intergeschlechtlichen Personen selbst.

GLEICHSTELLUNGSPOLITIK

Jeder Mensch in Deutschland hat die gleichen Rechte – unabhängig von „ethnischer Herkunft, Geschlecht, Behinderung, Religion oder Weltanschauung, Alter und sexueller Identität“ (AGG). Seit 2006 schützt das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz Arbeitnehmer*innen, Auszubildende und Stellenbewerber*innen in der Privatwirtschaft sowie im öffentlichen Dienst vor Diskriminierungen und Benachteiligungen. Und dennoch erfahren queere Personen Diskriminierungen und Ausgrenzung aufgrund ihrer sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Identität. Mit dem AGG soll der intersektionale Anspruch umgesetzt werden, Menschen vor umfassender Diskriminierung - inklusive Mehrfachdiskriminierungen - zu schützen.

Das Niedersächsische Gleichberechtigungsgesetz (NGG) regelt, dass „Nachteile, die Männer und Frauen aufgrund ihrer geschlechtlichen Unterschiedlichkeit oder ihrer Geschlechterrolle erfahren, zu beseitigen oder auszugleichen“ sind (§2 Abs. (2) 4 NGG). Die Umsetzung fällt in die Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten und gilt für die Verwaltungen des Landes, der Gemeinden und der Gemeindeverbände. Aber auch für Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts, Gerichte und Hochschulen in staatlicher Verantwortung sowie für öffentlichen Schulen. Seit dem 01. Januar 2019 gibt es mit ‚divers‘ neben ‚weiblich‘ und ‚männlich‘ einen dritten Geschlechtseintrag. Dieser findet sich jedoch nicht in der niedersächsischen Gleichstellungspolitik wieder.

DAS QNN FORDERT

- Erweiterung des Niedersächsischen Gleichberechtigungsgesetz (NGG) auf alle Geschlechter.
- Landesweite Vorgaben zur Gleichstellung aller Geschlechter in der kommunalen Gleichstellungspolitik.
- Landesweite Empfehlungen für einen gendergerechten Sprachgebrauch in Verwaltung und Behörden.
- Schaffung von genderneutralen sanitären Anlagen in öffentlichen Gebäuden.

KINDER UND JUGEND

Queere Kinder und Jugendliche stehen vor den gleichen alterstypischen Entwicklungsaufgaben wie alle Kinder und Jugendliche. Doch es warten besondere Herausforderungen auf sie, die zusätzlich gemeistert werden müssen: Das Coming Out findet meist in dieser Lebensphase statt und verlangt nach einer individuellen psychosozialen Bewältigung. Oftmals fehlen Kindern und Jugendlichen Vorbilder sowie Empowerment- und Unterstützungsstrukturen, die sie sensibel beim Finden ihres Platzes in der heteronormativ geprägten Gesellschaft begleiten.

Gleichzeitig bezeichnen sich immer mehr Jugendliche als queer (siehe Vorwort). Es gibt also einen stetig wachsenden Bedarf an Empowerment- und Unterstützungsstrukturen für queere Kinder und Jugendliche.

DAS QNN FORDERT

- Landesweite Förderung und Ausbau der Empowerment- und Unterstützungsstrukturen für queere Kinder und Jugendliche.
- Informations- und Fortbildungsangebote für alle Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe zum Umgang mit sexueller und geschlechtlicher Vielfalt.
- Unterstützung der Reform des aktuellen Abstammungsrechtes im Sinne der Kinderrechte zur Akzeptanz der geschlechtlichen Selbstbestimmung von Kindern und Jugendlichen.

MIGRATION UND FLUCHT

In über 70 Ländern der Welt droht queeren Menschen staatliche Verfolgung und daher eine akute Gefahr für Freiheit, Gesundheit und Leben (ILGA World, 2020). Es gibt also gute Gründe zu fliehen und auf ein besseres Leben zu hoffen. Doch angekommen in Deutschland erwartet queere Geflüchtete ein Asylsystem, welches ohne juristische und psychosoziale Beratung kaum zu durchdringen ist.

Queere Organisationen sind jedoch oft nicht ausreichend auf spezielle Fragestellungen rund um Flucht und Migration vorbereitet. Andersherum sind Migrationsberatungen meist unzureichend für queere Personen sensibilisiert. Es fehlt daher an spezialisierten und intersektional arbeitenden Beratungs- und Unterstützungsstrukturen (ILGA Europe, 2021). Zudem sind queere Geflüchtete auch in Deutschland weiterhin mit Anfeindungen und Angriffe aufgrund ihrer queeren Identität und aus rassistischen Motiven konfrontiert (Bundesinnenministerium, 2021).

Es gibt inzwischen viel Bildungs- und Empowermentarbeit von und für queere Menschen. Die Schnittstelle zwischen einer queeren Identität und Rassismuserfahrungen wird jedoch selten beleuchtet.

DAS QNN FORDERT

- Einrichtung einer Projektfachstelle zur Unterstützung und Beratung von queeren Geflüchteten, Migrant*innen und deren Selbstorganisationen.
- Etablierung von sicheren Erstaufnahmestellen und Unterkünften für queere Geflüchtete und Schulungen für Mitarbeitende.
- Förderung von Projekten für queere Geflüchtete und queerer migrantischer Selbstorganisationen.

ÖFFENTLICHE SICHTBARKEIT

Für queere Personen – insbesondere für Kinder und Jugendliche – ist es wichtig, Vorbilder in den Medien und der Öffentlichkeit repräsentiert zu sehen. Sichtbarkeit schafft ein Zugehörigkeitsgefühl und stärkt das Selbstbewusstsein, gerade in einer Phase des eigenen Hinterfragens. Aus einer Studie von GLAAD geht hervor, dass die Repräsentanz von queeren Personen in den Medien außerdem zu einer größeren Akzeptanz bei der Mehrheitsgesellschaft führt (GLAAD, 2020).

Es gibt eine Reihe von Aktionstagen, die auf die Rechte von queeren Personen hinweisen und die einzelnen Identitäten sichtbar machen sollen. Diese Sichtbarkeit ist jedoch meist auf die queere Community beschränkt. Dabei ist es elementar Sichtbarkeit innerhalb der Mehrheitsgesellschaft zu erreichen und queere Themen im Querschnitt zu denken.

Insbesondere für intergeschlechtliche Menschen ist die Sichtbarkeit eine zentrale Forderung. In den vergangenen Jahrzehnten sollte Intergeschlechtlichkeit durch Operationen und andere medizinische Maßnahmen – meist an nicht einwilligungsfähigen Kindern – unsichtbar gemacht werden.

DAS QNN FORDERT

- Queere Vertretungssitze in allen relevanten gesellschaftlichen Gremien, wie z.B. Senior*innen-, Integrations- und Rundfunkräten.
- Durchgehende Repräsentation queerer Menschen in der Öffentlichkeitsarbeit der niedersächsischen Landesregierung.
- Änderung des Niedersächsischen Wappengesetzes und seiner Ausführungsbestimmungen, um das Hissen von queeren Flaggen vor öffentlichen Gebäuden zu ermöglichen.

PFLEGE UND ALTER

Alter un0d Pflegebedürftigkeit sind Lebenssituationen, die für alle Menschen herausfordernd sind. Oftmals gehen sie mit einem Verlust von Autonomie einher und bedeuten Abhängigkeiten im täglichen Leben. Doch für queere Menschen kommen spezielle Herausforderungen hinzu: Oft wird älteren und pflegebedürftigen Menschen jegliche Sexualität und Geschlechtlichkeit abgesprochen. Daher befürchten viele queere Menschen im Alter ‚zurück in den Schrank' zu müssen, da ihre queere Identität keine Rolle mehr spielen darf.

Insbesondere trans*, inter* und nicht-binäre Senior*innen haben oftmals schlechte Erfahrungen mit einem pathologisierenden Gesundheitssystem gemacht, welches viel Interesse an ihrer Normierung, aber wenig Interesse an ihrer Gesundheit und individuellem Wohlbefinden hatte.

In Pflegeeinrichtungen ziehen sich queere Menschen aufgrund von negativen Erfahrungen oft stark zurück. Die Alters- und Pflegeforschung, sowie die Praxis der Pflege sind noch stark heteronormativ geprägt. Deshalb werden Bedarfe, Risiken und Potentiale von queeren Senior*innen oft übersehen oder negiert (AWO Bundesverband, 2021).

DAS QNN FORDERT

- Einrichtung einer landesweiten Projektfachstelle zur Sensibilisierung, Beratung und Schulung von Institutionen der Altenpflege.
- Förderung von selbstbestimmten queeren Wohnkonzepten im Alter.
- Inklusion queersensibler Inhalte in die Curricula der Ausbildung und des Studiums der Pflege und Pflegewissenschaft.
- Aufnahme von Themen der sexuellen und geschlechtlichen Vielfalt in die Alters- und Pflegeforschung.

POLIZEI UND JUSTIZ

Queere Personen bilden keine homogene Gruppe. Sie unterscheiden sich in ihrer sexuellen Orientierung, geschlechtlichen Identität aber auch beispielsweise in Alter, Herkunft, Religion und ihrer Gesundheit. Viele queere Personen erfahren daher Mehrfachdiskriminierungen und damit einhergehend unter Umständen auch Hasskriminalität.

Das Bundesinnenministerium veröffentlicht jährlich die Anzahl der erfassten queerfeindlich-motivierten Straf- und Gewaltdelikte. Diese werden als Politisch-Motivierte Kriminalität (PMK) eingeordnet. Neben der Kategorie ‚Sexuelle Orientierung' wurde 2020 die Kategorie ‚Geschlecht/Sexuelle Identität' ergänzt.

2021 wurden in der Kategorie ‚Sexuelle Orientierung' 870 Fälle erfasst, davon 164 Gewaltdelikte. 340 weitere Fälle und 57 Gewalttaten können der Kategorie ‚Geschlecht/Sexuelle Identität' zugeordnet werden (Bundesinnenministerium, 2021). Die Dunkelziffer dürfte weitaus höher liegen, da beispielweise das Land Niedersachsen die Fälle nicht gesondert dokumentiert. Zudem werden viele Fälle und Delikte seitens der Opfer verschwiegen und gar nicht erst zur Anzeige gebracht.

DAS QNN FORDERT IN BEZUG AUF DIE POLIZEI

- Erhebung von Vorfällen queerfeindlicher Hasskriminalität in der polizeilichen Statistik in Niedersachsen.
- Einrichtung einer zivilgesellschaftlichen Anlauf- und Beratungsstelle für die Opfer von queerfeindlicher Hasskriminalität und Mobbing.
- Schulungen für Bedienstete der Polizei zu den Themen sexuelle und geschlechtliche Vielfalt.
- Eine LSBTIQ* Ansprechperson in jeder Polizeiinspektion.

DAS QNN FORDERT IN BEZUG AUF DIE JUSTIZ

- Schulungen von Personal in Justizbehörden über die aktuellen gesetzlichen Grundlagen zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt.
- Anerkennung des dgti-Ergänzungsausweis in sämtlichen niedersächsischen Behörden und Institutionen.

REGENBOGENFAMILIEN

Rechtlich definiert, sind Regenbogenfamilien als gleichgeschlechtliche Paare mit Kindern. „2018 gab es [in Deutschland] 6.000 gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften und 4.000 gleichgeschlechtliche Ehepaare, die mit minderjährigen Kindern im Haushalt lebten" (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 2021).

Statistisch und rechtlich gesehen, fehlen hier aber jene Regenbogenfamilien, in denen mindestens ein Elternteil lesbisch, schwul, bi, trans*, inter*, nicht-binär oder queer ist. Bei der Einführung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare am 1. Oktober 2017 wurden die geltenden Regelungen im Bürgerlichen Gesetzbuch zur Abstammung jedoch nicht angepasst.

Das deutsche Abstammungsrecht, das die gesetzlichen Eltern eines Kindes festlegt, diskriminiert weiterhin zwei Mütterfamilien. Bisher wird allein die Frau, die das Kind zur Welt gebracht hat als gesetzliche Mutter anerkannt. Ihre Partnerin und die Co-Mutter des Kindes besitzt keine Elternrechte, solange nicht eine Stiefkindadoption durchgeführt wird. Elternschaft bedeutet eine rechtliche und finanzielle Absicherung aller Parteien, die bei Regenbogenfamilien jedoch nicht einfach gegeben ist.

DAS QNN FORDERT

- Aufbau eines landesweiten Beratungs- und Unterstützungsangebotes für Regenbogenfamilien und queere Menschen mit Kinderwunsch.
- Schulungen zum Thema Regenbogenfamilien für Mitarbeiter*innen in Jugendämtern.
- Gleichstellung von queeren Paaren bei der finanziellen Beihilfe des Landes Niedersachsen zur Realisierung des Kinderwunsches.

SPORT

Persönliche und strukturelle Diskriminierungen gegenüber queeren Personen liegen sowohl im Breiten- als auch im Leistungssport vor (OUTSPORT, 2019). Dabei ist Sport besonders durch die binäre Unterscheidung in zwei Geschlechter und eine starke Körperbezogenheit geprägt. Dies zeigt sich speziell, wenn die geschlechtliche Selbstzuordnung von Trans* Personen in vielen Sportarten nicht akzeptiert wird. Auch inter* und nicht-binäre Menschen können meist nur an Wettkämpfen und Turnieren teilnehmen, wenn sie sich eindeutig geschlechtlich zuordnen. Darüber hinaus stellt die Nutzung von Umkleideräumen oder Schwimmhallen für viele trans*, inter* und nicht-binäre Personen eine erhebliche Zugangsbarriere zum organisierten Sport dar.

In ihrer ‚Bremer Erklärung zu sexueller Vielfalt und geschlechtlicher Identität im Sport' empfiehlt die Sportministerkonferenz daher eine Vielzahl von Maßnahmen, welche die diskriminierungsfreie Teilhabe von Menschen, unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität, im organisierten Sport fördern sollen (Sportministerkonferenz, 2020).

DAS QNN FORDERT

- Konsequente Umsetzung der Empfehlungen der ‚Bremer Erklärung' der Sportministerkonferenz in Niedersachsen.
- Förderung von Maßnahmen und Projekten zur Akzeptanzsteigerung von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt im Breitensport in Niedersachsen.

QUELLENVERZEICHNIS

- AWO Bundesverband. (2021). Praxishandbuch zur Öffnung der Altenhilfeeinrichtungen für LSBTIQ*.
- Bundesinnenministerium. (2021). Straf- und Gewalttaten im Bereich Hasskriminalität 2020 und 2021.
- Bundesministerium der Justiz. (2006). Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz.
- Bundesministerium der Justiz. (kein Datum). Bürgerliches Gesetzbuch (BGB). § 1631e Behandlung von Kindern mit Varianten der Geschlechtsentwicklung.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. (2021). Familie heute. Daten. Fakten. Trends Familienreport 2020.
- Bundesverfassungsgericht. (2017). 1 BvR 2019/16.
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung. (2020). LGBTQI*-Menschen am Arbeitsmarkt: hoch gebildet und oftmals diskriminiert.
- Deutsches Jugendinstitut. (2015). Coming-out – und dann...?!
- Freudenthal, R. (2021). Je jünger, desto queerer: Gen Z weitaus häufiger LGBTQ+ als ältere Generationen.
- GLAAD. (2020). LGBTQ Inclusion in Advertising and Media.
- ILGA Europe. (2021). Policy Briefing on LGBTI Refugees and EU asylum legislation.
- ILGA World. (2020). State sponsored homophobia.
- Klocke, U. (2016). Homophobie und Transphobie in Schulen und Jugendeinrichtungen. Was können pädagogische Fachkräfte tun?
- Niedersächsicher Landtag. (2011). Niedersächsisches Gleichberechtigungsgesetz (NGG) .
- Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport. (2022). Gewalt gegen queere Menschen nimmt zu.
- OUTSPORT. (2019). Sexuelle Orientierung, Geschlechtsidentität und Sport.
- Pöge, K., Dennert, G., Koppe, U., Güldenring, A., Matthigack, E., & Rommel, A. (2020). Die gesundheitliche Lage von lesbischen, schwulen, bisexuellen sowie trans- und intergeschlechtlichen Menschen. In: Journal of Health Monitoring. (R. Koch-Institut, Hrsg.)
- Sportministerkonferenz. (2020). „Bremer Erklärung“ zu sexueller Vielfalt und geschlechtlicher Identität im Sport.

Impressum

Queeres Netzwerk Niedersachsen e.V.
Volgersweg 58
30175 Hannover
qnn.de

Stand Juni 2022

Endredaktion: Melissa Depping
Gestaltung: GELBE GARAGE Werbeagentur